Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

4. Jahrg.	Der „Beobachter" kostet vierteljährlich M. 4.50 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergraben 5/1	Samstag 8. April 1922	Anzeigen finden im „Beobachter" weiteste Verbreitung. Die einspaltige mm-Zeile kostet 30 Pfg., bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.	Nr. 14

Inhalt der Nummer:

Für Wirth? Von Reichstagsabgeordneten Dr. Most.
Der umgestoßene Friedensvertrag.
Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion durch Bodenverbesserung. Von Abg. Held, Vors. des Landwirtschaftsausschusses im Preuß. Landtag.
Zum 1. April.
Die Neuregelung der Beamtenbesoldung.
Landfrauen — Stadtfrauen.
Verstöße gegen die bergpolizeilichen Sicherheitsvorschriften.
Die Sozialisierungskommission.
Polen.
Sturmzeichen.
Den Finger drauf.
Aus der Partei.

Für Wirth?

Von Reichstagsabgeordneten Dr. Most.

Darüber, daß die Forderungen der Reparationskommission, wie sie in ihrer Note vom 21. März d. J. zum Ausdruck gebracht wurden, unerträglich sind, besteht im deutschen Volk Übereinstimmung. Würden sie so, wie sie gestellt worden sind, erfüllt, so würde die neue Finanzbelastung der deutschen Wirtschaft und der Mark den letzten Stoß versetzen, die angedrohte Beaufsichtigung der Reichsfinanzen aber Deutschland auch den Schein des eigenen Willens, der staatlichen Souveränität nehmen. In der am Freitag beendeten Reichstagserörterung haben Wirth und Rathenau gesprochen. Das Echo, das sie in der Ententepresse gefunden haben, beweist die Bedeutung dieser Reden. Vorwiegend mit Entrüstung wird festgestellt, daß sich der Entente hier seitens der deutschen Regierung ein Widerstand entgegengestellt, an den man nicht gewöhnt ist. Die geschichtliche Bedeutung dieser Stellungnahme liegt nicht allein darin, daß ein klares und starkes „Nein!" gesprochen wurde sondern vor allem darin, daß es ausgesprochen wurde von den Männern, die das In- und das Ausland als Hauptträger des Gedankens der weitestgehenden „Erfüllungspolitik" ansieht. Welcher Weg von jener berüchtigten Rede Wirths in Essen, wo ihm die Erfüllung des in London übernommenen völlig möglich erschien, bis zur Dienstagsitzung des deutschen Reichstages! Klug abwiegende Politiker haben seit langem den Augenblick kommen sehen, in dem dieser Frontwechsel eingenommen werden mußte. Außen- wie innenpolitisch bedeutet es einen ungeheuren Unterschied, wer das „Nein" sagt. Das Kabinett der „Erfüllung" ist zum Kabinett der „Ablehnung" geworden; daß gerade diese Männer sich zu solcher Erkenntnis durchgerungen haben, sich durchringen mußten, zeigt der Welt deutlicher, wie alles andere, wie Ungeheuerliches hier Deutschland zugemutet wird.

Der großen Reichstagsrede des Kanzlers Wirth am 28. März hat in ihren ersten zwei Dritteln wohl jeder Deutschgesinnte voll zustimmen können. Weniger trifft das zu für den letzten Teil, in dem er in bedauerlicher Rechthaberei die Gelegenheit, völlig fehl am Platze, benutzte, um rückschauend seine bisherige „Erfüllungspolitik" zu rechtfertigen.

Für einige Parteien des Reichstages war die Haltung bei dieser Sachlage völlig klar. Die Regierungsparteien hatten natürlich keinen anderen Weg, als den der Zustimmung zu den Regierungserklärungen. Schnell auch, leider allzu schnell, war die Haltung der Deutschnationalen Volkspartei festgelegt. Sofort nach Wirth sprach Hergt, und fast ebenso schnell war der Antrag der Deutschnationalen auf Erteilung eines Mißtrauensvotums an die Regierung eingebracht. Dieser Antrag zerfällt in drei Teile. Im ersteren wurde, grundsätzlich in gleicher Weise wie vom Reichskanzler geschehen, die Forderung des Feindbundes scharf zurückgewiesen. Der zweite brachte Bemängelungen der Wirthschen Rede in der Richtung, daß das Nein nicht eindeutig genug zum Ausdruck gebracht sei. Im dritten wird erklärt, daß wegen mangelnder Zuversicht in die Leitung der Reichsgeschäfte unter der gegenwärtigen Spitze „der Reichstag der Reichsregierung das Vertrauen versagt, das sie nach der Reichsverfassung zur Führung der Geschäfte bedarf". Annahme eines solchen Antrages hat nach der Reichsverfassung den sofortigen Rücktritt einer Regierung, gegen die er gerichtet ist, zur Folge.

In der Beurteilung der bisherigen Politik Wirths und der Persönlichkeit des Reichskanzlers sind sich Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Partei wohl im wesentlichen einig. Das hat die vor einiger Zeit im Reichstag anläßlich des Eisenbahnerstreiks eingebrachte Entschließung der Deutschen Volkspartei deutlich gemacht. Dementsprechend hat auch Dr. Stresemann in seiner großen Rede vom Mittwoch keinen Zweifel darüber gelassen, daß sich sein Glauben an das Wirthsche „Nein" nicht so sehr auf Wirths Person begründet, als auf die innen- und außenpolitische Lage Deutschlands, die selbst diesen Mann zum „Nein" geführt hat. Vor wenigen Wochen hat die Deutsche Volkspartei den ernsthaften Versuch gemacht, durch eben jene Entschließung den Kanzler zu stürzen und einen andern Mann an seine Stelle zu bringen. Die Beurteilung der Persönlichkeit Wirths ist heute noch die gleiche wie früher. Ihn aber in dem Augenblick zu stürzen, wo er sich zu dem Standpunkte durchgerungen hat, den die Deutsche Volkspartei und weiteste Schichten Nationalgesinnter vertreten hatten, mußte als das denkbar Unangebrachteste erscheinen. Das deutsche Volk in die Wirrnisse eines, den Parteihader erfahrungsgemäß besonders aufpeitschenden Kabinettswechsels in dem Augenblick zu führen, in dem es sich endlich einmal zu leidlicher Einmütigkeit emporreckte, erschien mehr als das als ein schweres Vergehen an Volk und Vaterland.

Man hat es rechts und links leicht in solchen Stunden von dem „Schwanken" der Deutschen Volkspartei zu sprechen. Man vergesse doch nicht, daß es sich hier um eine Partei handelt, die auf der einen Seite nicht Regierungspartei ist, auf der andern aber glaubt, dem Vaterlande am besten dadurch zu dienen, daß sie in allen kritischen Augenblicken das Parteitaktische und Parteiagitatorische hinter das deutsche Gesamtinteresse zurückstellt. Auf dieser Grundlage stets den richtigen Weg zu finden, ist nicht leicht, jedenfalls nicht so leicht, wie mit schnellfertigem, leidenschaftlich vorgetragenem Verdikt auch bei solchen Gelegenheiten in erster Linie und nur Oppositionspartei zu sein.

So nahm die Fraktion zunächst am Mittwoch Stellung zu dem vorliegenden Mißtrauensvotum der Deutschnationalen. Ein Teil der Fraktion hielt aus den angegebenen Gründen die Situation für das Einbringen eines Mißtrauensvotums gegen die Regierung als so bitter schlecht gewählt, daß er empfahl, gegen dasselbe zu stimmen. Mit Mehrheit entschied aber die Fraktion, einen anderen Weg zu wählen, nämlich den der Stimmenthaltung, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß die Kritik an der Gesamtpolitik des Kabinetts Wirth bestehen bleibe. Am Donnerstag Abend hat in der erregten Geschäftsordnungsdebatte Dr. Stresemann das nochmals deutlich zum Ausdruck gebracht.

Unmöglich war es natürlich der Deutschen Volkspartei, auf der andern Seite einen etwa von den Regierungsparteien ausgehenden Antrag auf Bekundung des Vertrauens zur Gesamtpolitik der Regierung zuzustimmen. Anders stand es mit dem Antrag Marx vom Zentrum, der (nicht ohne Vorverhandlungen

mit der Deutschen Volkspartei) eingebracht wurde: Verwahrung gegen die Forderungen der Reparationskommission und daher Billigung der „von der Reichsregierung zu diesen Noten abgegebenen Erklärungen". Man beachte die Worte „daher" und „zu diesen Noten"!; nichts mehr. Das bedeutet kein „Vertrauensvotum" für die Regierung Wirths und den Reichskanzler persönlich, sondern spricht die Billigung aus für „Erklärungen", die die Reichsregierung in einer bestimmten außenpolitischen Situation abgegeben hat, um, wie wiederum der Führer der Deutschen Volkspartei zum Ausdruck brachte, „ihr die Möglichkeit zu geben, bei den sich vorbereitenden außenpolitischen Situationen sich auf diese Zustimmung zu ihren Erklärungen stützen zu können". Diese Billigung konnte und mußte um so mehr ausgesprochen werden, als der Reichskanzler ausdrücklich die von Stresemann gegenüber der deutschnationalen Meinung zum Ausdruck gebrachte Auffassung von der Unzweideutigkeit des „Nein" durch Zustimmung bestätigt und jeder, der Deutschlands Not wie die eigene fühlt, mag darüber entscheiden, was in dieser Stunde das Richtige war: das „Nein" der Regierung gegenüber den neuen Gewaltforderungen durch Unterstreichung zu stärken oder durch Anzweiflung seines Ernstes nach außen hin zu schwächen.

Die grundsätzliche Frage, ob Vertrauen besteht zur Gesamthaltung der Regierung nach außen und nach innen, hat die Deutsche Volkspartei im gegenwärtigen Moment ausgeschlossen. Größeres steht auf dem Spiel. Als Dr. Stresemann darauf in seinen letzten Ausführungen kurz vor der Abstimmung hinwies, geschah das Bedauerliche: Deutschnationale lachten. Darauf kam die Schlußbemerkung Dr. Stresemanns: „Wenn Sie darüber lachen, dann kann ich nur sagen: ich bedauere, daß Sie es nicht verstehen, in einem solchen Augenblick ebenfalls solchen Erwägungen Raum zu geben."

Diesem Bedauern sei das andere Bedauern darüber angefügt, daß eine Fraktion, die in ihrer vaterländischen Gesinnung der Deutschen Volkspartei nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich benachbart ist, durch ihr rein aufs Parteipolitische eingestelltes Operieren in diesen Tagen vor dem ganzen übrigen Reichstag in einem Lichte dastand, das viele wackere Männer dort im Grunde nicht verdient haben. Die Linke wird sich in leidenschaftlichem Angriff auf die Deutschnationale Volkspartei stürzen; nicht ohne Schmerz lehrt die gestrige Abend- und die heutige Morgenpresse, daß ein Teil der deutschnationalen Zeitungen sich im voraus zu revanchieren sucht, aber durch Angriffe auf die Deutsche Volkspartei — Angriffe, die zum Teil nur als Schmähartikel übelster Art bezeichnet werden können. Auch hier wiederum nichts als parteiagitatorische Einstellung. Man hofft, durch Schmähungen der Deutschen Volkspartei ihr ein paar tausend Wähler abzutreiben, indem man absichtlich die Dinge anders darstellt, als sie liegen. Wahre Vaterlandsliebe lehrt in solchen Notstunden des Volkes anders zu handeln. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei glaubt getan zu haben, was Vaterlandsliebe und Vaterlandspflicht erheischen.

* * *

Dem vorstehenden Aufsatz, der die Haltung der Deutschen Volkspartei so vortrefflich beleuchtet, lassen wir hier den vom Reichstag mit 248 gegen 81 Stimmen bei 43 Stimmenthaltungen angenommenen Antrag und die von Dr. Stresemann vorgelesene Erklärung der Deutschen Volkspartei folgen, wobei bemerkt sei, daß sich die 81 Stimmen aus denen der Kommunisten und der Deutschnationalen zusammensetzten, während die Unabhängigen Stimmenthaltung übten. Der Beschluß des Reichstag lautet:

„Der Reichstag verwahrt sich gegen die in den Noten der Reparationskommission vom 21. März 1922 dem deutschen Volke angesonnenen unerträglichen Forderungen und billigt daher die von der Reichsregierung zu diesen Noten abgegebenen Erklärungen."

Dr. Stresemanns Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Wir haben bei den stattgehabten Debatten über die Note der Reparationskommission zum Ausdruck gebracht, daß es notwendig sei, hinter das Nein der Reichsregierung eine möglichst breite Front des Reichstags und des deutschen Volkes zu setzen. Deshalb stimmen wir der Entschließung zu, welche diese Verwahrung des Reichstages gegen die unerhörten Forderungen der Reparationskommission zum Ausdruck bringt und daher hinter die Erklärung der Regierung zu den Reparationsnoten tritt. Daß diese unsere Zustimmung nicht bezogen werden kann auf prinzipielle Ausführungen in dem Schlußabsatz der Rede des Herrn Reichskanzlers, ist in meinen gestrigen im Namen meiner Fraktion hierzu gemachten Ausführungen ausdrücklich betont worden. Wir können uns aber von einem Eingehen auf diese prinzipiellen Gegensätze über die Frage der Erfüllungspolitik in der gegenwärtigen außenpolitischen Situation nichts Günstiges für das deutsche Volk erhoffen. (Sehr richtig!) Wir lehnen daher ein Eingehen auf den Austrag dieser Gegensätze derzeit ab und werden uns deshalb gegenüber dem Antrag Hergt und Genossen der Stimme enthalten.

Meine Herren! Nachdem dieser Antrag, wie ich wohl annehmen darf, zurückgezogen ist — der Antrag vereint sich ja nicht mit dem Zusatzantrag, der jetzt zu dem Antrage Marx und Genossen gestellt worden ist —, und da wir unserseits auf dem Boden des Antrages Marx und Genossen stehen, werden wir alle Zusatzanträge zum Antrage Marx und Genossen ablehnen und unsere Stimme für den Antrag Marx und Genossen abgeben.

Der umgestoßene Friedensvertrag.

Bei dem Kampf um die Steuervorlagen und die Stellungnahme zu den Übergriffen der Reparationskommission ist bei uns der Ausgang der sogenannten Orientkonferenz von Paris ziemlich unbeachtet geblieben, obwohl er größere Aufmerksamkeit verdient hätte. Diese Konferenz bildet den vorläufigen Abschluß eines Teiles der stillen Kämpfe, die sich so ziemlich auf allen Gebieten zwischen England und Frankreich abgespielt haben und noch lange abspielen werden. Eine wichtige Etappe darin wird die Konferenz von Genua sein, auf die sich soeben Lloyd George und Poincaré mit Sorgfalt vorbereiten. Die Orientkonferenz drehte sich um Beendigung des Krieges zwischen Griechenland und der Türkei, d. h. um die Oberherrschaft in Kleinasien. Es ist mehrfach betont worden, daß das eigentlich ein Krieg zwischen England und Frankreich war, bei dem die Griechen für England und die Türken für Frankreich fochten. In diesem Wettbewerb hat England unstreitig den kürzeren gezogen. Es hatte von Anfang an, was übrigens in der englischen Geschichte nicht das erstemal ist, die Lebenskraft des kranken Mannes im Osten unterschätzt und geglaubt, durch das Vorschieben der Griechen dem letzten Rest türkischer Herrschaft in Europa und Asien den Gnadenstoß zu versetzen. Es lag England weniger daran, die Herrschaft der Türken an sich zu brechen, als an der Beseitigung des türkischen Kalifats über die mohammedanische Welt. Aber nicht nur, daß sich die Türken trotz allem noch immer ungemein zäh und lebenskräftig erwiesen, das Vorgehen Englands erregte die Mohammedaner in ganz Asien und Afrika derart, daß der britischen Herrschaft in Ägypten und Indien ernste Gefahren erwuchsen. Das zwang England zum Nachgeben, und Griechenland muß die Kosten tragen, indem es Kleinasien vollständig preisgeben muß und außerdem Konstantinopel den Türken erhalten bleibt.

So wichtig und interessant für die Weiterentwicklung der Weltgeschehnisse diese Dinge sind, so haben sie für uns noch eine andere Bedeutung. Im Friedensvertrag von Sèvres war Griechenland der größere Teil Kleinasiens mit Einschluß von Smyrna zugesprochen worden. Durch die Orientkonferenz von Paris sind die Bestimmungen von Sèvres vollständig aufgehoben und durch ganz andere ersetzt worden. Die Franzosen haben dabei für ihre türkischen Schützlinge Vorteile eingeheimst, und das hat sie zu dem Schritt veranlaßt. Damit haben sie aber auch gleichzeitig zugestanden, daß die Friedensverträge, die als Abschluß des Weltkrieges von der Entente vereinbart wurden, durchaus nichts Unantastbares, Unabänderliches und Ewiges sind. Sie haben damit England und uns eine gute Waffe in die Hand gegeben, auf die Revision des Friedensvertrages von Versailles hinzuwirken. Denn was Sèvres recht, muß Versailles billig sein. Es ist auf diese Weise ein Präzedenzfall geschaffen worden, der zwar nicht gerade heute, aber doch in einer hoffentlich nicht fernen Zukunft seine Wirkung ausüben wird. Poincarés Stellung für Genua ist dadurch wesentlich geschwächt worden; es wird sich zeigen, ob Lloyd George es für richtig halten wird, diese Schwäche entsprechend auszunutzen. Man ersieht aber aus diesen Beispielen abermals, wie verkehrt es in der Politik ist, bestimmte Sätze als unabänderliche Dogmen hinstellen zu wollen. In der Weltgeschichte gibt es nichts Dauerndes, das Rad der Zeiten dreht sich, und was heute unten ist, kann morgen oben sein. Das soll unser Trost und Hoffnung für die Zukunft sein.

Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion durch Bodenverbesserung.

Von Abg. Held, Vors. des Landwirtschaftsausschusses im Preuß. Landtag.

Die wichtigste Aufgabe der deutschen Landwirtschaft ist die schnelle Steigerung der Erzeugung, damit wir in die Lage kommen, die Ernährung der Bevölkerung selbst zu bewerkstelligen und in dieser Beziehung unabhängig vom Auslande zu werden, denn wir sind nicht mehr in der Lage, die riesigen Beträge für die Einfuhr der uns fehlenden Mengen, je nach dem Stande der Valuta 20—30 Milliarden Mark, aufzubringen. Die Ernteerträge des Getreides sind gegen die Vorkriegszeit um fast die Hälfte zurückgegangen und zwar dadurch, daß die Erntefläche um zirka 9 Prozent geringer wurde, durchschnittlich 15 Prozent der früheren Ernten durch die Abtretung von Posen, Westpreußen usw. verloren gingen, und schließlich, weil der Boden durch unzureichende Düngung verarmt ist. Das muß wieder eingebracht werden, und zwar schnellstens! Vor dem Kriege versorgten wir die Bevölkerung bis auf 7 vom Hundert selbst. Bei dem hohen Stande unserer Landwirtschaft müssen und können wir dahin kommen, daß nicht allein dies Ziel wieder erreicht wird, sondern daß wir uns vollständig selbst ernähren. Dazu bedarf es aber einer weitausschauenden tatkräftigen Hilfe der landwirtschaftlichen Organisation und der Regierung. Aller kulturfähiger Boden, und wir haben noch Millionen Hektar Öd- und Moorländereien, muß in Kultur gesetzt werden; die Meliorationen, Be- und Entwässerungen müssen gefördert und unterstützt werden; der Gebrauch des Kunstdüngers, wodurch die Ernteerträge bei richtiger Anwendung um das Doppelte gesteigert werden können und dessen Verwendung nur in verhältnismäßig geringem Umfange erfolgt, muß erleichtert werden, und statt vielfach noch benutzter abgebauter Sorten muß hochgezüchtetes Saatgut, wodurch die Ernteerträge ebenfalls außerordentlich gehoben werden, überall Verwendung finden. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß mit solchem Saatgut bei sachgemäßer Düngung die Ernteerträge sowohl bei Körner- wie Hackfrucht um das Doppelte gesteigert werden, und wenn allgemein so verfahren wird und wir außerdem alles kulturfähige Land dem Anbau erschließen, so können wir hoffnungsfreudiger in die Zukunft sehen.

Die großen Organisationen der Landwirtschaft haben sich dies Ziel gesetzt, und das große Hilfswerk, welches zu diesem Zwecke von ihnen begonnen ist, wird, das darf mit ziemlicher Sicherheit erhofft werden, ein starker Pfeiler für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens werden.

Auch der preußische Staat geht in der Förderung von Meliorationen und Bodenverbesserungen tatkräftig und energisch vor. Augenblicklich liegen fertige Entwürfe für 950 Unternehmungen, wovon bei 264 die Genossenschaftsbildung bereits erfolgt ist, im Gesamt-

umfange von 531 000 Hektar mit einem Kostenaufwande von 1552 Millionen vor, während 680 Unternehmungen im Gesamtumfange von 395 000 Hektar mit einem Kostenaufwande von 1228 Millionen sich in Bearbeitung befinden.

Um nun die Bildung der Genossenschaften und die Inangriffnahme der Pläne nach Möglichkeit zu fördern, hat die preußische Regierung den Entwurf eines Gesetzes über „Bereitstellung von Staatsmitteln zur Förderung von Bodenverbesserungen" dem Landtag vorgelegt, durch welches ein Betrag von 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt wird, aus dessen Zinsen öffentlichrechtlichen Verbänden und ähnlichen Vereinigungen zur Förderung von Bodenverbesserung jeglicher Art Zinserleichterungen im Wege unverzinslicher, spätestens nach 30 Jahren rückzahlbarer Darlehen gewährt werden können. Die Regierung geht davon aus, daß die Meliorationstätigkeit gegenüber der Zeit vor dem Kriege erheblich nachgelassen hat, und glaubt, das beruhe im wesentlichen darauf, daß die Ausführungskosten wegen der in ungeahnter Weise gestiegenen Löhne und Materialpreise eine Höhe erreicht haben, die es zweifelhaft erscheinen läßt, ob die Kosten zu den zu erwartenden Mehrerträgen noch in einem angemessenen Verhältnis stehen. Diese Form der Zinserleichterung ist gewählt worden, um darauf hinzuwirken, daß möglichst viel privates Kapital für die Förderung der Meliorationstätigkeit nutzbar gemacht wird. Die Beträge aus dem zu schaffenden Fonds sollen nur darlehnsweise gegeben werden, bei ihrer Hingabe soll aber weitestgehendes Entgegenkommen geübt werden; sie sollen unverzinslich, vom Staate unkündbar und nur binnen längstens 30 Jahren rückzahlbar sein und dazu dienen, den Beteiligten die Zahlung der von ihnen für geliehene Kapitalien aufzubringenden Zins- und Tilgungsbeträge zu erleichtern.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß die den Beteiligten entstehenden Kosten dadurch herabgemindert werden, daß für die durch Erwerbslose ausgeführten Arbeiten, worauf natürlich Bedacht genommen werden muß, Beihilfen aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge gewährt werden.

Der Landwirtschaftsausschuß des Landtages hat das Gesetz beraten und insofern eine Änderung eintreten lassen, indem er den zur Verfügung zu stellenden Betrag von 100 Millionen auf 300 Millionen erhöhte. Außerdem hat er eine Entschließung angenommen, in der er fordert, daß die Interessenten für die zur Bodenverbesserung hergegebenen eigenen Mittel Steuerfreiheit genießen. Das ist ohne Frage durchaus berechtigt, aber außerdem wahrscheinlich ein gutes Mittel, bei manchem Gleichgültigen Interesse für die Sache zu erwecken. Das Gesetz sowie die Entschließung sind im Ausschuß von allen Parteien, und zwar einstimmig, angenommen worden, jedenfalls ein Zeichen, daß das Verständnis für das, was uns nottut, in allen Kreisen vorhanden ist.

Friedrich, der große Preußenkönig, hat, als in Preußen nach dem Siebenjährigen Kriege auch ein großer Notstand herrschte, den rechten Blick dafür gehabt, wie zu helfen sei. Trotz der damaligen schwachen Finanzlage des Staates hat er sehr erhebliche Mittel geopfert und kolonisiert und meliorert, und daß der Erfolg nicht ausgeblieben ist, wissen wir. Wir brauchen nur auf das Oderbruch und ähnliche Landeskulturwerke in Pommern und Schlesien usw. zu blicken. Hoffen wir, daß es wie damals auch jetzt gelingt, die schwere Notzeit durch energische und zielbewußte Arbeit auf dem Gebiete der Bodenverbesserungen zu überwinden.

Zum 1. April.

Noch ist es Nacht, noch ziehen dunkle Wetter
An Deutschlands Himmel unheil drohend auf.
Vergebens sucht das Auge einen Retter,
Kein Recke naht und hemmt des Unheils Lauf.
Die Phrase herrscht und predigt falsche Götter
Dem Volk, das einst den Feinden stand zu Hauf.
Da will uns oft die blasse Furcht beschleichen,
Verzweifelnd droht der Mut uns scheu zu weichen.

Wie war es einst? Da schritt in stolzer Ruhe
Ein ganzes Volk zur Arbeit Tag und Nacht,
Und wie ein Schatz in einer festen Truhe
War es umfriedet von des Heeres Macht.
Nie fehlte Nahrung, Kleidung nicht noch Schuhe,
Die Kunst trug Sorge für erhabne Pracht,
Und an der Spitze stand ein großer Meister,
Ein Auserwählter aus dem Reich der Geister.

Wie hebt so deutsch sich eines Bismarck Wesen
Von allem ab, was jetzt dem Volk man preist.
Will ernstlich es von Schmach und Not genesen,
Man fülle es mit Bismarcks deutschem Geist.
Nur harter Wille ist der Mann gewesen.
Sein liebend Herz, zum Gletscher war's vereist,
Wenn kühn es galt, dem Feind als Mann zu stehen.
Nie sah man Bismarck nach Canossa gehen.

Er kannte keinen ew'gen Völkerfrieden,
Weltproletarierliebe lag ihm nicht,
Und doch war ihm ein liebend Herz beschieden,
Wie wahrem Deutschtum nimmer es gebricht.
Sogar sie liebte er, des Hauses Frieden,
Er liebte seinen Kaiser, seine Pflicht,
Und liebte Deutschland, suchte mit der Seele
Wie Nord und Süd er festgefügt vermähle.

Und weil in seinem edlen Herzen brannte
Die heiße Liebe für sein Vaterland,
Sein Wähnen nur der stolze Reichsbau bannte,
Drum war er hart, wo er dem Feinde stand.
Nur Einheit war's, die er als Kitt erkannte
Für unseres Volkes sicheren Bestand.
Und heute redet man vom Weltgewissen,
Dieweil das Volk in Haß und Neid zerrissen.

Wacht auf Gesellen, lernt von eurem Meister,
Daß Pflichterfüllung, Liebe, Einigkeit,
Selbst euch zu helfen nur bannt gute Geister,
Doch nie der Worte Schwall von „neuer Zeit",
Von Völkerbund, Gerechtigkeit der Feinde,
Und was der Phrasen mehr sind weit und breit.
In Fleiß und Einheit müßt den Bau ihr zimmern,
Dann steigt ein neuer Bismarck aus den Trümmern.

Siegfried Sacher.

Die Neuregelung der Beamtenbesoldung.

Im Hauptausschuß des Reichstages wurde der Entwurf einer sechsten Ergänzung des Besoldungsgesetzes mit folgenden gemeinsamen Abänderungsanträgen aller Parteien angenommen:

1. In der Besoldungsgruppe VII wird das Anfangsgehalt auf 20 000 Mark mit acht Stufen von je 1000 Mark festgesetzt, so daß das Höchstgehalt 28 000 Mark, d. i. 1000 Mark mehr als die Vorlage beträgt.

2. Die Grundgehaltsgrenzen für die Ortszuschläge werden von 22 900 auf 21 800 Mark und von 30 000 auf 27 400 Mark festgesetzt, so daß kein Beamter künftig weniger Wohnungsgeldzuschuß als bisher bezieht.

3. Die Kinderzulagen werden um je 50 Mark monatlich erhöht und die Einkommensgrenze, bis zu der ein über 14 Jahre altes Kind eigenes Einkommen haben darf, ohne den Kinderzuschlag zu verlieren, wird von 3000 auf 4000 Mark erhöht.

4. Der Jahressatz der Frauenzulage wird von 1000 auf 2000 Mark erhöht.

5. Der Frauenzuschlag wird auch Witwen gewährt, wenn sie für den vollen Unterhalt versorgungsberechtigter Kinder im eigenen Haushalt aufzukommen haben.

Bei der Festsetzung des Teuerungszuschlages kam es zu Auseinandersetzungen und schließlich zu einem Antrage des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten, indem man abweichend von den gestrigen Vereinbarungen im Unterausschuß sich mit einem allgemeinen Teuerungszuschlag von 30 Prozent und einem Zuschlag von 70 Prozent für die ersten 10 000 Mark begnügte. Der weitergehende Antrag des Unterausschusses wurde nur von der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen aufrecht erhalten.

In einer gemeinsam von allen Parteien eingebrachten Entschließung wird gefordert, daß die Wirtschaftsbeihilfen in Zukunft gleichmäßig nach Wirtschaftsgebieten gewährt werden. Eine vom Zentrum und der Deutschen Volkspartei eingebrachte Entschließung zugunsten der Beamten im besetzten Gebiet (Besatzungszulagen) ward gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien angenommen.

Ein Bild von der Wirkung der Aufbesserungen gibt am besten die Tatsache, daß erst ein Beamter der zweiten Besoldungsgruppe, und zwar im sechsten Jahre nach der etatsmäßigen Anstellung, mit zwei Kindern und dem höchsten Wohnungsgeldzuschuß ein Jahreseinkommen von 32 000 Mark erreicht. Ebenso schlimm wie diese zu geringe Bezahlung der Gruppe 2 und noch mehr der Gruppe 1 ist die Systemlosigkeit des Aufbaues von Gruppe zu Gruppe. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei blieben jedoch mit ihren Bestrebungen, gleiche Spannungen von Gruppe zu Gruppe einzuführen, ganz allein. Insofern bleibt das Ergebnis auch der neuen Regelung unbefriedigend. Darüber wird in einem ausführlichen Berichte noch mehr zu sagen sein. Sehr erfreulich ist die Annahme einer Novelle zum Pensions-Ergänzungs- und zum Wehrmachts-Versorgungs-Gesetz. Den Reichsbeamten und den versorgungsberechtigten Militärpersonen werden durch dieses Gesetz die Ruhegehaltsbezüge nach denselben, d. h. besseren Vorschriften gewährt, wie sie bisher nur in Preußen und Bayern Geltung hatten.

Landfrauen — Stadtfrauen.

Eine Wägung und ein Weg.

Von Landwirt F. Keubler-Böhm, M. d. R.

Landfrauen — Stadtfrauen: scheinbar Gegensätze, die darum zu überbrücken sind, und dennoch Gemeinsamkeit und die Möglichkeit und Notwendigkeit der Verständigung! Nicht nur die Gemeinsamkeit des Frauentums an sich, nicht nur die Gemeinschaft, das Bewußtsein, deutsche Frauen zu sein, die im Geist und in der Tat an Deutschlands Schicksal tragen und in ihren Grenzen am Wiederaufbau helfen, — und Trägerin des äußerlichen Glücks, Wohlstands oder auch des Niedergangs sein können — sondern auch die Gemeinschaft des wirtschaftlichen Lebens und der Alltäglichkeit, die für beide, Landfrauen und Stadtfrauen, Licht- und Schattenseiten hat.

Prüfen wir die Vorteile und Nachteile beider einmal ganz ruhig und objektiv.

Zunächst die der Landfrau.

Gewiß, sie hat Vorteile für ihr tägliches Leben. Sie sitzt an der Quelle der Ernährung, kann frisch zugreifen, gut und kräftig leben. Auch ihre Einnahmen, die früher oft recht kärglich waren, sind jetzt gerechterweise ausgeglichen, ja günstig zu nennen.

Und die Nachteile, die für viele ganz verschwinden: Ihr Leben ist ein so intensiv-arbeitsames und ihre Kraftanspannung so groß wie kaum in einem anderen Beruf. Schon am frühesten Morgen ist die Zeit des Aufstehens, da das Vieh besorgt werden muß, die Milchbewirtschaftung volles Sicheinstellen fordert, außerdem die Hausarbeit getan werden muß usw. Wer von den städtischen Verbrauchern überlegt sich wohl beim Genuß eines Stück Butters, wieviel Selbstkosten (Aufzucht der Kuh, Futter usw.) darin stecken, wieviel Mühe die Butterbereitung an sich (Melken, Reinigen, Zentrifugen der Milch, Butter usw.) kostet! Wer macht sich klar, wenn der teure Schinken fix und fertig auf seinem Tisch steht, daß das Schwein ein ganzes langes Jahr zunächst mühsam, sorgfältig aufgezogen, dann täglich ein paarmal besorgt und gefüttert werden muß, wieviel Angst und Sorgen dieser kleine „Kapitalist" macht, bis er schlachtreif wird, welch ein Risiko in ihm steckt, welche Enttäuschung und vergebliche Kosten das Schwein macht, wenn es trotz besten Futters doch nicht ansetzt, nicht fett wird!

Ja, das ist nur ein ganz kleiner Ausschnitt aus dem Leben der Landfrau.

Am gesteigertsten ist ihre Tätigkeit im Sommer und Herbst auf dem Felde, der glühenden Sonne ohne Schutz preisgegeben.

Ihr Leben hat einfachsten Zuschnitt, auch im Geistigen. Noch immer hat das Land wenig Anregung

geboten. Die Wege zur Stadt, um Besorgungen zu machen, sind oft beschwerlich, da es noch immer viele Orte gibt, die keine direkte bequeme Bahnverbindung haben. Gibt es einmal ein Ausspannen, so ist es doch beschnitten, denn wieder ruft das liebe Vieh, das keinen Achtstundenarbeitstag, keine Vernachlässigung duldet.

Zu den Vorteilen und Nachteilen der Stadtfrauen!

Die Hausfrauen in der Stadt haben viel weniger Arbeit als die Landfrauen, da sie nur ihren verhältnismäßig kleinen Haushalt zu besorgen haben. Sie haben all die Vorteile, die die Stadt bietet mit ihren bequemen Verkehrswegen, der Fülle des Gebotenen in Schaufensterauslagen, in allen Zweigen des Lebensbedarfs, selbst in der Auswahl der Lebensmittel, Delikatessen. Die Unterhaltungen, die Körper und Geist auffrischen, sind unendlich mannigfaltig.

Natürlich gibt es auch viele Nachteile. Vor allem die Teuerung, die trotz des Gebotenen für den Mittelstand doch oft karge tägliche Lebenshaltung fordert, denn immer nur ist es ein Prozentsatz in den Städten, der sorglos lebt. Die engen Mauern lassen die direkte Berührung mit der Natur entbehren und das Leben weniger gesund machen, wobei freilich auch viel Schuld den einzelnen trifft, der sich unmäßig irgendwelchen Genüssen hingibt.

Wie fast überall im Leben jeder Mensch sein Schicksal für das schwerste hält, so denken auch die Landfrauen: Ach, wie haben's doch die Stadtfrauen gut! Und die Stadtfrauen denken: Ach, wie haben's doch die Landfrauen gut!

Ich, der ich beider Leben kenne, will es zusammenfassen und jedem Gerechtigkeit widerfahren lassen. Beide haben Lasten, beide haben Vergünstigungen.

Wie kann man nun beider Leben offener im Verstehen für einander machen?

Durchs Wort, durch Aufklärung von Schwierigkeiten, durch die Tat, durch gegenseitiges Sichkennenlernen und Aussprechen, durch ehrliches Wollen beider!

Ihr Landfrauen, die ihr in die Stadt kommt, laßt euch nicht immer täuschen von der glänzenden Oberfläche: denkt nicht immer, die Städter sind Nichtstuer, wenn sie sich auf den Straßen in guter Kleidung sehen lassen oder Erholungsaufenthalt auf dem Lande suchen. Und ihr Städter, denkt nicht immer, die Landbewohner leben ja in Üppigkeit. Niemals habe ich einen Landbewohner in solchem Genuß gesehen, wie man es ihm vorwirft! Vergeßt nicht, wie tüchtig er den ganzen Tag arbeiten muß, um zu leben, wie abhängig er von den Elementen ist, wieviel teurer alle Lebensmittel durch Händler, Fracht usw. werden.

Neulich beobachtete ich in einem Kaffeehause eine Gruppe, von denen einer maßlos auf die Landwirtschaft schimpfte, so daß man sich kaum die einfachsten Lebensmittel leisten könnte. Aber — bald darauf bezahlte er für sich allein auf einem Brett 70 Mark für Liköre usw. Erklärung überflüssig!

So bildet eine Einheit der Land- und Stadtfrauen, helft euch und tragt miteinander!

Verstöße gegen die bergpolizeilichen Sicherheitsvorschriften.

Der „Kompaß", das amtliche Organ der Knappschafts-Berufsgenossenschaft in Berlin, hat es sich in letzter Zeit im Interesse der Bergarbeiter angelegen sein lassen, wiederholt auf die großen Gefahren hinzuweisen, die im Kohlenbergbau durch einzelne, besonders junge Kameraden heraufbeschworen werden. Das Blatt bringt im Anschluß an einen bereits in Nr. 15 des Jahrgangs 1921 erwähnten Fall in der ersten Ausgabe von 1922 eine Zusammenstellung von Vorfällen, **in denen das für den Steinkohlenbergbau über und unter Tage allgemein geltende Rauchverbot leichtfertig überschritten oder eine vorschriftswidrige und sogar mutwillige Zerstörung der Grubensicherheitslampe vorlag.** In dem Artikel wird berichtet:

„Ein ganz ähnlicher Fall, wie er unserer Nachricht vom 5. August zugrunde lag, ereignete sich am gleichen Tage auf Zeche Graf Schwerin, wo ein Gedingeschlepper die Lampe eines Arbeitskameraden benutzte und mit ihr das Glas seiner eigenen Lampe zerschlug, um an der Flamme seine Zigarette anzuzünden und rauchen zu können, dies alles, trotzdem der Betreffende von anwesenden Kameraden auf die Strafbarkeit seiner Handlungsweise hingewiesen wurde. Bezeichnend ist es, daß bei der nachfolgenden Verhandlung des Betriebsausschusses ein Ausschußmitglied dafür eintrat, daß der Täter nicht bestraft bezw. von einer Verfolgung der Angelegenheit Abstand genommen würde. Durch Urteil des Schöffengerichtes zu Buer wurde ein Belegschaftsmitglied der Schachtanlage Scholven zu einer Geldstrafe von 150 M evtl. zu 10 Tagen Haft verurteilt, weil er den Förderkorb des Wetteraufziehschachtes mit einer brennenden Zigarre betreten und versucht hatte, damit anzufahren. Weitere Verstöße gegen das Rauchverbot in der Nähe und innerhalb der Grube sind in letzter Zeit bei einer ganzen Anzahl von Zechen des Ruhrbezirks zur Anzeige gelangt und bestraft worden. Bei der Gewerkschaft Auguste Viktoria hat ein Bergmann am 20. August die Körbe seiner Grubenlampe in der Grube durchgekocht, so daß 6 Löcher bis zu ½ Zentimeter Größe entstanden und dadurch die Sicherheit gegen Schlagwetterentzündung aufgehoben wurde. Die Untersuchung ergab, daß der Mann die Körbe aus Wut zerstört hatte, weil die Lampe schlecht brannte. Von Zeche Zentrum liegen 3 Fälle ähnlicher Übertretungen vor, desgleichen je ein Fall bei der Gewerkschaft Dorstfeld und auf der Zeche Dannenbaum II. Auch der Fall, daß Bergleute ihre Lampe zertrümmern, um sich wertvolle Teile derselben anzueignen, gehört nicht zu den Seltenheiten. Bei der Gewerkschaft Bismarck hat das Zerstören von elektrischen Beleuchtungsarmaturen und Schachttelephonen zu dem angegebenen Zweck einen großen Umfang angenommen. Die Telephone werden der Trockenelemente und Drahtspulen, in den meisten Fällen auch noch der Wecker beraubt, während das 1 Zentimeter starke Gußgehäuse zertrümmert wird; in gleicher Weise werden die besonders starkwandigen Überglocken der Beleuchtungsarmaturen unter Tage zerschlagen und die Glühlampen entwendet. Vielfach führen derartige Zerstörungen dazu, daß blanke stromführende Teile der Armaturen, entgegen den bergpolizeilichen Vorschriften, der zufälligen Berührung ausgesetzt werden.

Derartige Verstöße gegen die bergpolizeilichen Sicherheitsvorschriften, die die „Bergarbeiter-Zeitung" mit vollem Recht als geradezu verbrecherisch bezeichnet, beschränken sich natürlich nicht nur auf die in gefährlichem Grade zunehmende Unsitte des Rauchens in der Grube und auf verbotswidrige Benutzung, wenn nicht sogar Zerstörung der Grubenlampe, sondern ereignen sich fast täglich in den verschiedensten Gebieten und Verrichtungen des Grubenbetriebs, wo sie des öfteren den Anlaß zu schweren Unglücksfällen bilden. Es wäre dringend zu wünschen, daß sich auch die Betriebsräte an der Aufdeckung von leichtfertigen Handlungen im Bergwerksbetriebe, **die oft das Leben vieler Arbeitskameraden in Gefahr bringen, beteiligen würden.** Den Interessen der Bergarbeiter ist jedenfalls nicht damit gedient, wenn Mitglieder der Betriebsräte, wie es verschiedentlich vorgekommen ist, zu verhindern suchen, daß grobe Verstöße gegen die Sicherheitsvorschriften zur Anzeige gebracht werden und die Übeltäter die verdiente Strafe erhalten."

In einer weiteren vom „Kompaß" veröffentlichten Zuschrift wird zunächst über die vor dem Schöffengericht in Gelsenkirchen erfolgte Verurteilung eines Hilfsarbeiters von Zeche Rheinelbe-Alma, **der infolge Rauchens einer Zigarette eine Wetterexplosion verursacht hatte,** berichtet. Weiter wird geschrieben:

„Daß sich nicht nur Neulinge im Bergbau derartige Leichtfertigkeiten zuschulden kommen lassen, sondern leider auch Bergarbeiter, die schon viele Jahre in der Grube beschäftigt sind und sogar besondere Vertrauensstellungen einnehmen, zeigt ein Bericht über einen groben Verstoß gegen die bergpolizeilichen Sicherheitsvorschriften, der auf der Zeche Scharnhorst vorgekommen ist. Bei einer am 12. Juli auf dieser Zeche vorgenommenen Befahrung des Reviers 7 wurde festgestellt, daß der Ortsälteste B., im Stoßort 8, Osten, Flöz 16, in Abwesenheit des Schießmeisters einen in der Kohle stehenden Schuß geladen und abgetan hatte. Bei näherer Untersuchung der Angelegenheit stellte sich heraus, daß der Schießmeister H. dem Ortsältesten die dem Schießmeister der Mittagschicht gehörende Zündmaschine sowie Sprengstoff übergeben und ihm die selbständige Ausführung der Schießarbeit überlassen hatte, während H. selbst seine Schießtätigkeit in anderen Betrieben ausübte. Der Schießmeister ist vom Bergrevierbeamten mit 300 M bestraft worden. Wenn so kurze Zeit nach einem der furchtbarsten Massenunfälle, die den Bergbau betroffen (Mont Cenis), ältere, erfahrene Bergleute, die genau wissen, welche entsetzlichen Folgen ihre Handlungsweise nach sich ziehen kann, so überaus leichtfertig handeln, wieviel schwerer wird es halten, die zahlreichen Arbeiter, die erst in neuerer Zeit im Kohlenbergbau infolge der Verkürzung der Schichtzeit auf 7 Stunden eingestellt werden mußten, zur Befolgung der Sicherheitsvorschriften anzuhalten."

Die Sozialisierungskommission.

Im Hauptausschuß des Reichstages wurde bei der Besprechung des Haushaltes des Reichswirtschaftsministeriums endlich einmal ein Vorstoß gegen die Sozialisierungskommission unternommen. Als nach der Revolution die Leitung der Staatsgeschäfte auf die sozialistischen Parteien überging, tauchte natürlich sofort der Plan auf, nunmehr den Sozialismus durchzuführen. Der Rat der Volksbeauftragten setzte eine Sozialisierungskommission ein, die die theoretischen und praktischen Vorbedingungen der Sozialisierung prüfen sollte. Obgleich dieser Kommission nur solche Wissenschaftler und Wirtschaftspraktiker angehörten, die den Problemen des Sozialismus mindestens sympathisch gegenüberstanden, wenn sie nicht gar selbst überzeugte Sozialisten waren, ist es der Sozialisierungskommission auch nicht ein einziges Mal gelungen, ein einheitliches Votum abzugeben. Es wurden immer Majoritäts- und Minoritätsgutachten verfaßt, und zu jedem dieser Gutachten gaben dann noch einzelne Kommissionsmitglieder besondere Vorbehalte und Abänderungsvorschläge zu Protokoll. Alle Beschlüsse aber atmeten stickige Stubenluft und verrieten mit jedem Wort, daß Theoretiker am grünen Tisch sich ein Bild vom Wirtschaftsleben zurecht gemacht hatten, welches der Wirklichkeit nicht entsprach. Die Folge war heftigster Widerspruch seitens der Wortführer der Wirtschaft und grenzenlose Verwirrung auch in den sozialistischen Kreisen. Die Ansichten der Sozialisierungskommission wurden in dem Meinungskampfe um die „Vollsozialisierung" und wie die Schlagworte alle hießen, als Argumente benutzt, und zwar je nach der geistigen Einstellung entweder das Majoritäts- oder das Minoritätsvotum. Die Gutachten zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues, und die Vorschläge zur Kommunalisierung veranlaßten eine Verschwendung von Riesenmengen Druckpapier und eine weitere Entfremdung großer Volkskreise, ohne uns auch nur einen Schritt theoretisch oder praktisch gefördert zu haben. **Daß selbst die sozialistischen oder unter sozialistischer Führung stehenden Reichsregierungen den Vorschlägen der Sozialisierungskommission keine praktische Folge gaben, ist Beweis genug für ihre Unbrauchbarkeit, und zugleich auch für die Unmöglichkeit, den Sozialismus aus der Theorie in die Praxis zu überführen.**

Der oben erwähnte Vorstoß gegen die Sozialisierungskommission besteht in einem von allen bürgerlichen Parteien unterstützten Antrag des volksparteilichen Abgeordneten Dr. Rießer, die für die Kommission in den Etat eingestellten 500 000 Mark zu streichen und die Aufgaben der Kommission dem Reichswirtschaftsrat zuzuweisen. Bei der schlechten Finanzlage des Deutschen Reiches ist es wirklich nicht zu verantworten, eine Kommission, die bisher nur Unheil angerichtet hat, mit Aufgaben zu betrauen, für deren Erfüllung bereits ein anderes sachverständiges und auch recht kostspieliges Gremium besteht. Nur die beiden sozialistischen Parteien traten für Er-

haltung der Sozialisierungskommission, die zum größten Teile aus ihren Freunden besteht, ein, und der Abgeordnete Wissell erklärte, die Streichung dieses Postens würde beweisen, daß der Reichstag für den Sozialismus kein Interesse habe. Uns will scheinen, daß der Reichstag diesen schweren Vorwurf um den Preis der Ersparung einer halben Million ruhig in Kauf nehmen kann.

Polen.

Provinzen und Heere
Ein Zugang zum Meere
Viel Städte und Felder
Germanische Wälder
Und Erze und Kohlen
Schaut her: das ist Polen!

— — — — — — — — — — — —

Und alles, alles zusammengestohlen.

(Kladderadatsch.)

Sturmzeichen.

Obwohl unverkennbar die kommunistische Welle in Deutschland stark im Abflauen begriffen ist, und die Zahl der Kommunisten stetig abnimmt, wie die Uneinigkeit im kommunistischen Lager wächst, machen sich doch Zeichen bemerkbar, daß die kommunistischen Häuptlinge durch eine planmäßige Hetzarbeit in verschiedenen Schichten der Arbeiterbevölkerung auf die Erregung neuer Unruhen hinarbeiten. Wahrscheinlich wollen sie gerade durch diese angestrebte Tätigkeit eine innere Stärke vortäuschen, die nicht vorhanden ist, und zugleich ihren gelichteten Reihen neue Anhänger zuzuführen. Durch die Tatsache jedoch, daß die Kommunisten an Stärke eingebüßt haben, darf man sich nicht etwa in eine falsche Sicherheit einwiegen lassen. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, wenn man die kommunistische Bewegung in ihrer Wirkung unterschätzte, da der Zeitpunkt unleugbar günstig gewählt ist. Die mit großer Schnelligkeit ansteigende Teuerung und die damit Hand in Hand gehende Verelendung des deutschen Volkes, das langsame Absterben des Mittelstandes, haben einen Boden geschaffen, der dem Gedeihen kommunistischen Wühlens durchaus zuträglich ist. Auch die ungeschickte Haltung der Regierung in der Behandlung mancher Fragen gibt den Hetzern willkommenen Anlaß, die allgemeine Unzufriedenheit zu schüren und im Trüben zu fischen. In jenen Kreisen rechnet man auch, nicht mit Unrecht, mit der Möglichkeit, daß die Aufmerksamkeit der Reichsregierung durch die Forderungen der Entente und durch die Konferenz von Genua von diesen inneren Schwierigkeiten abgelenkt wird, so daß der Arbeit des Unterhöhlens der Volksstimmung Vorschub geleistet wird.

Es schwirren in der Luft Gerüchte umher, daß die Kommunisten, mit Unterstützung russischen Geldes, für einen bestimmten, nicht allzu fern liegenden Zeitpunkt neue Putschversuche planen. Dahin gehört das immer wieder auftauchende Gerücht von einem neuen Streik der Lokomotivführer, der sich dann, wenn es nach den Wünschen der Kommunisten geht, mit Hilfe der übrigen Eisenbahner und Transportarbeiter zu einem Generalstreik auswachsen soll. Die wütenden Angriffe, die gerade aus jenen Kreisen, leider auch mit Unterstützung aus mehrheitssozialistischem Lager, gegen die Technische Nothilfe gerichtet werden, sollen gleichzeitig als Vorbereitung für Putschversuche dienen, indem das Vertrauen auf die Wirksamkeit der Technischen Nothilfe erschüttert wird. Unermüdlich wird in Straßenkundgebungen und Versammlungen gewühlt, wobei man sich auch nicht scheut, der Bewegung sogar ein nationalistisches Mäntelchen umzuhängen. In der städtischen Arbeiterschaft Berlins gärt es abermals, und es ist nicht unmöglich, daß auch dort der unter der Asche glimmende Funke wieder einmal zur Flamme angefacht wird. Die Anwesenheit großer Scharen von Russen ist gleichfalls ein Symptom, dessen Bedeutung nicht übersehen werden darf. Der Rührigkeit des Herrn Radek ist alles zuzutrauen, und man braucht sich dadurch nicht irre machen zu lassen, daß sich der vielgewandte und in allen Ränken wohlerfahrene Sowjet-Häuptling bewogen fühlt, in der Roten Fahne Meldungen entgegenzutreten, die sich mit seiner Tätigkeit beschäftigen. Wenn er uns glauben machen will, kein Engel sei so rein, wie er, so kann das nur dazu dienen, das Mißtrauen in ihn und seine Gesinnungsgenossen zu verschärfen. Es ist also größte Wachsamkeit dringend geboten.

Aus der Partei.

Aus der Deutschen Volkspartei Westfalens.

Vor Vertretern der Beamtenausschüsse des Wahlkreisverbandes Westfalen-Süd sprach am 13. März der Abg. Morath in Dortmund über das Thema: „Die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei zu wichtigen Beamtenfragen". Er ging zunächst von der Tätigkeit der Fraktion in der Frage der Beamtenbesoldung aus und betonte besonders, daß manche berechtigte Wünsche unerfüllt blieben, weil die ausschlaggebenden Parteien und die Regierung zu starke Rücksicht auf Arbeiterinteressen nehmen. Die Beamtenschaft selbst warne er vor der sogenannten Einheitsfront der Arbeitnehmer. Der Redner behandelte hierauf den unglückseligen Beamtenstreik und nannte die Besoldungspolitik der Regierung eine Erziehung zum Streik. Die Regierung sei für den Ausbruch des Streiks verantwortlich. Sie habe die Erhöhungen der Beamtenbezüge stets zu spät vorgenommen und dabei ängstlich darauf geachtet, daß die Bezüge der Beamten nur im gleichen Verhältnis wie die Staatsarbeiterlöhne gesteigert wurden. Zur Frage des Beamtenstreikrechts erklärte der Redner mit aller Entschiedenheit, daß nach der ganzen Stellung der Beamten zum Staat ein Streikrecht der Beamten eine Unmöglichkeit sei. Der jederzeitigen Arbeitsmöglichkeit stände die jederzeitige Arbeitswilligkeit gegenüber. Diejenigen Beamten, welche für das Streikrecht eintraten, schnitten sich ins eigene Fleisch, denn sie leisteten den Bestrebungen der Sozialisten nur Vorschub. Auf die neuen Besoldungsverhandlungen eingehend, betonte er die Unzulänglichkeit der neuen Aufbesserungen und versicherte, daß die Partei sich mit Entschiedenheit für eine angemessene Neuregelung einsetzen werde. Das Ziel der Partei sei die gleitende Gehaltsskala.

Nach eingehender Aussprache dankte der Vorsitzende, Professor Dr. Wenderoth, dem Redner für seine mit großem Beifall aufgenommenen Darlegungen und schloß hierauf die Versammlung.

Der geschäftsführende Ausschuß des Wahlkreisverbandes Westfalen-Süd hielt am 17. 3. im Gewerbeverein zu Dortmund eine Sitzung ab, in der die neuen Satzungen des Wahlkreisverbandes durchberaten und angenommen wurden. (Am selben Tage wurden die neuen Satzungen durch den Hauptvorstand bestätigt.) Nach Regelung einiger interner Angelegenheiten wurden die nachstehenden Berufs- bezw. Fachausschüsse eingesetzt:

1. Privat-Angestellten-Ausschuß.
   Vorsitzender: Stadtverordneter Kamp, Hagen, Hochstraße 114.
2. Schulausschuß.
   Vorsitzender: Rektor Surmann, Bochum, Reichshof.
3. Beamtenausschuß.
   Vorsitzender: Gymnasialdirektor Dr. Wenderoth, Dortmund, Luisenstraße 17.
4. Kleingewerbeausschuß.
   Vorsitzender: Kürschnermeister Wurm, Lüdenscheid.
5. Landwirtschaftlicher Ausschuß.
   Vorsitzender: Landwirt E. Lange, Bensingsen b. Soest.
6. Arbeiter-Ausschuß.
   Vorsitzender: Arbeitersekretär Karl Schneider, Wahlbach, Kr. Siegen.
7. Kommunalpolitischer Ausschuß.
   Vorsitzender: Justizrat Windthorst, Hamm, Stiftstraße 12.
8. Industrie-Ausschuß.
   Vorsitzender: Fabrikant Oskar Funke, Hagen, Konkordiastraße 26.

*

Die Festlegung Wirths.

Zu der Erklärung Stresemanns, daß die Deutsche Volkspartei der Regierung kein Vertrauensvotum erteilt habe, sondern es ihr nur ermöglichen wolle, in Genua auf ihrem Nein zu beharren, haben die Führer der Regierungsparteien geschwiegen. Weder von seiten der Mehrheitssozialdemokratie noch vom Zentrum wurde ein Einspruch erhoben. Auch der Abg. Marx (Zentrum) schwieg, obwohl er noch kurz vor der Erklärung Stresemanns von einem Vertrauensvotum gesprochen hatte Diese Feststellung ist um so bemerkenswerter, als die Erklärungen Stresemanns sehr eindeutig waren „Messerscharf" nennt sie die deutschnationale „Kreuzztg." in ihrer Freitag-Morgenausgabe, indem sie damit zum Ausdruck bringt, daß die Deutsche Volkspartei die Abgabe eines allgemeinen Vertrauensvotums abgelehnt habe Umgekehrt versuchen „Deutsche Tagesztg." und „Vorwärts" die Erklärung des Reichstages als ein Vertrauensvotum für die Regierung hinzustellen. Wichtiger als diese leicht erkennbaren Zwecken dienenden parteipolitischen Bemühungen ist die Feststellung, daß der Reichskanzler Wirth sich in der Donnerstagsitzung des Reichstags auf eine ganz bestimmte Auslegung der Regierungserklärungen festnageln ließ. Stresemann erklärte nämlich, Wirth habe ihm am Donnerstag durch Zuruf bestätigt, daß seine (Stresemanns) Auffassung, wonach der Reichskanzler die Erfüllung als unmöglich bezeichnet habe, richtig sei. Reichskanzler Wirth hat dieser Feststellung nicht widersprochen, sondern durch schweigende Zustimmung erneut als richtig anerkannt. Dadurch ist der Regierungskurs für Genua festgelegt.

*

Stresemann über die Erklärung des Reichstags.

Die Deutsche Volkspartei hat geschlossen unter Ablehnung der von den Deutschnationalen wie den Kommunisten gestellten Zusatz- und Abänderungsanträge folgendem Antrag zugestimmt:

„Der Reichstag verwahrt sich gegen die in den Noten der Reparationskommission vom 21. März 1922 dem deutschen Volke angesonnenen unerträglichen Forderungen und billigt daher die von der Reichsregierung zu diesen Noten abgegebenen Erklärungen."

Die Stellung seiner Partei hat der Abg. Stresemann in der zum Teil stürmisch erregten Sitzung vom 30. März folgendermaßen begründet. Die Reichsregierung hat sich gegen die unerhörten Forderungen der Reparationskommission verwahrt. Es ist daher notwendig, daß der Reichstag hinter dieses Nein tritt, und zwar nur hinter dieses Nein. Ausdrücklich lehnt Dr. Stresemann ab, daß die Zustimmung seiner Partei auf andere Ausführungen des Reichskanzlers bezogen werden dürften. Seine Partei halte es aber nicht für angebracht, im gegenwärtigen Augenblick auf die prinzipiellen Gegensätze in der Frage der Erfüllungspolitik einzugehen, zumal die ablehnende Stellung seiner Partei bekannt sei. Es handele sich auch nicht um ein Vertrauensvotum für die Regierung. Nach der allgemeinen Übung des Hauses schließen Vertrauensvoten mit den Worten:

„Der Reichstag spricht der Regierung das Vertrauen aus, dessen sie zur Führung der Geschäfte bedarf",

wie umgekehrt ein Mißtrauensvotum das Gegenteil zum Ausdruck bringt. Der Antrag Marx und Genossen spreche nur eine Billigung aus für Erklärungen, die die Reichsregierung in einer ganz bestimmten außerpolitischen Situation abgegeben hat. Der Reichsregierung solle dadurch die Möglichkeit gegeben werden, sich auf die Zustimmung des Reichstags stützen zu können, wenn sie in Genua auf ihrem Nein beharrt. Das sei der Sinn des Antrags Marx, und nur in diesem ganz bestimmten Sinne habe seine Partei zugestimmt. Die Billigung der Regierungserklärungen sei ja auch durch das Wort

„daher" in der angenommenen Erklärung untrennbar mit der Verwahrung des Reichstags verbunden.

*

Die Bedeutung des Wörtchens „auch" für den ländlichen Steuerzahler.

Im Steuerausschuß des Reichstages hatte mit Unterstützung des Zentrums der Absatz über die Wertermittlung eine Fassung gefunden, wonach bei Ermittlung des nachhaltigen Betrages insbesondere der Ertrag der letzten drei Jahre zu berücksichtigen ist. Der stellvertretende Vorsitzende des Reichslandbundes, der Abg. Hepp, stellte daraufhin namens der Deutschen Volkspartei den Antrag, daß hinter das Wort „insbesondere" noch das Wort „auch" eingefügt werde. Mit Recht wies er nämlich darauf hin, daß in der Ausschußfassung sowohl eine Unklarheit wie auch ein Widerspruch läge. Die Unklarheit bestände darin, daß aus der vorliegenden Fassung die Steuerbehörden den Schluß ziehen könnten, es müsse hauptsächlich, vielleicht sogar ausschließlich der Ertrag der letzten drei Jahre bei der Wertermittlung zugrunde gelegt werden. Anderseits solle nach dem Wortlaut des Paragraphen 16 und des Paragraphen 152 der Reichsabgabenordnung der nachhaltige Ertrag der Grundstücke die Bewertungsgrundlage bilden. Darin komme der Widerspruch zum Ausdruck. In jedem Falle bedeutet es aber für die Landwirtschaft ein Unrecht, wenn stets der durchschnittliche Ertragswert dreier Jahre für die Steuerberechnung zugrunde gelegt werde. Witterungsverhältnisse, Unglücksfälle, günstige und ungünstige Ernte- und Preisverhältnisse spielten eine derartige Rolle, daß zum Ausgleich all der Zufälligkeiten ein Zeitraum von drei Jahren nicht genüge. Mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien wurde der Antrag angenommen und damit für die Landwirtschaft ein schreiendes Unrecht abgewehrt sowie eine sachlich unmögliche Bestimmung beseitigt.

*

Höhere Unterstützungssätze für Invalidenrentner.

Dem Reichstag ist ein Initiativantrag zugegangen, der eine Änderung des Gesetzes über Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Rentenempfängern der Invaliden- und Angestelltenversicherung vorsieht. Die Unterstützungssätze können erhöht werden bis zu einem Gesamtjahreseinkommen von 2000 Mark bei einer Waisenrente (bisher 1200 Mark), von 4800 Mark bei einer Invaliden- oder Altersrente (bisher 3000 Mark). Nicht angerechnet werden Bezüge aus öffentlichen Kassen (Reichsversorgungsgesetz) und private Unterstützung bis zum Betrage von 1200 Mark (bisher 600 Mark). Die Änderung des Gesetzes soll so schnell wie möglich verabschiedet und die neuen erhöhten Unterstützungssätze vom 1. April an gezahlt werden.

Der Antrag ist eingebracht von den S. P. D. bis zu den Deutschnationalen; **nicht unterzeichnet haben die U. S. P. D. und Kommunisten.** Es soll auf diese Weise der neuen Teuerung Rechnung getragen werden. Daß die Rentenempfänger auch durch diese Maßnahme nicht restlos aus ihrer Notlage befreit werden, ist erklärlich, doch gestattet die Finanzlage des Reiches zunächst eine weitergehende Unterstützung nicht. Die Behörden müssen für schnellste Auszahlung der Unterstützung Sorge tragen, damit den Ärmsten der Armen aus ihrer großen Notlage herausgeholfen wird. Auch sollten die Behörden in der Anwendung des Gesetzes möglichst weitherzig sein. Schnellste Hilfe ist hier dringend geboten.

*

Beibehaltung der Demobilmachungsverordnung?

Jeder Gewerbetreibende, sei er Landwirt, Kaufmann, Industrieller, weiß, daß die Demobilmachungsverordnung über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten sowie die Verordnung betr. Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und Stillegungen nicht mehr in das Bild der heutigen Wirtschaft hineinpassen und im Grunde genommen nur eine Arbeitslosenversicherung zu Lasten einzelner Betriebe sind. Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten hatte sich nun mit der Frage zu beschäftigen, ob diese am 31. März ablaufenden Verordnungen noch weiter bis zum 31. August in Kraft bleiben sollen. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei, Dr. Becker, Dr. Most, verlangte Aufhebung der angeführten Verordnungen, jedoch ausschließlich der Bestimmungen über das Schiedswesen. Für den Antrag stimmten geschlossen jedoch nur die Deutsche Volkspartei und die Demokraten. Zentrum und Deutschnationale stimmten teils für, teils gegen. Dagegen stimmte geschlossen die Linke, die infolge des Sukkurses von deutschnationaler und Zentrumsseite damit den Antrag zu Fall brachte. Mit der weiteren Gültigkeit von 13 anderen Demobilmachungsverordnungen bis zum 31. Oktober 1922 war der Ausschuß einstimmig einverstanden.

*

Zerfall der Demokratischen Partei in Bayern.

Einer der führenden Männer des Münchener Wirtschaftslebens, Kommerzienrat Zentz, ist aus der Demokratischen Partei ausgetreten und Mitglied der Deutschen Volkspartei (Nationalliberale Partei München) geworden. Als ein weiteres Symptom der Zersetzung, die bei den Demokraten Bayerns seit dem Scheitern der Einheitsfront durch die Schuld ihrer Partei neuerdings zu beobachten ist, muß angesehen werden, daß in der Generalversammlung von Frei-München die Dreiviertelmehrheit eine Satzungsänderung dahin beschlossen hat, daß die Mitglieder nicht mehr zugleich der Demokratischen Partei angehören müssen. Frei-München war früher ein politischer Verein, der die Einigkeit der liberalen Kreise Münchens zum Ziele hatte. Nach der Novemberrevolution war er vollständig ins Fahrwasser der Demokratie übergegangen.

*

Gründliche Abfuhr des Abgeordneten Fries-Siegen im Beamtenausschuß des Landtags.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

In einer Sitzung des Beamtenausschusses des Landtages wurde der Entwurf zur Änderung der Beamtenbesoldung beraten; er entsprach den Vorschlägen des Reichstages. Als Redner der Fraktion der Deutschen Volkspartei sprach Abg. Dr. Steffens. Er übte scharfe Kritik an der Vorlage, die nur in sehr unzureichendem Maße den Bedürfnissen der Beamten gerecht werde. Das gelte für die Grundgehälter wie für die Teuerungszuschüsse, Ausgleichs- und Ortszuschläge, für die Kinderbeihilfen und für die Ortsklasseneinteilung. Besonders beklagenswert sei das Los der Hochschulprofessoren. **Einer Ungezogenheit des Sozialisten Fries, der sich herausgenommen hatte, Vertreter des Mittelschullehrervereins und des Kath. Lehrervereins als Vertreter von Kegelklubs und die bürgerlichen Parteien als gewerkschaftsfeindlich zu bezeichnen,** trat der Abg. Schwarzhaupt (D. V. P.) unter **lebhaftem Beifall aller bürgerlichen Parteien mit erfreulicher Schärfe entgegen.**

Weidenau, 1. April 1922.

Die Ortsgruppe Weidenau hielt am 28. März im Hotel Patt eine ordentliche Mitgliederversammlung ab, zu der Herr Geschäftsführer Nitschke aus Siegen einen Vortrag über „Finanzreform und Deutsche Volkspartei" zugesagt hatte, die Herren Nöh und Wiederhold über den Verlauf der letzten Dortmunder Tagungen berichten wollten.

Herr Nitschke begann seinen Vortrag mit einer Klage Bismarcks über den Bürger seiner Zeit, die auch in die heutige Zeit passe. Nirgends herrscht den hochpolitischen Ereignissen gegenüber eine solche Gleichgültigkeit, wie in den bürgerlichen Kreisen. Das letzte große Ereignis in der Politik, das Steuerkompromiß, muß dennoch zurücktreten vor der Reparationsnote. Nachdem der Redner die Stellung der D. V. P. in der Steuerfrage begründet und gerechtfertigt hatte, in einzelnen erwiesen hatte, warum die Bürger der D. V. P. für ihre Mitarbeit in dieser Frage dankbar sein müßten, besprach er an Hand des Wortlautes die Note in allen Einzelheiten. Er stellte die kommende Oberkommission, falls wir die Bedingungen nicht erfüllten, ins rechte Licht, zeigte die Wirkung der geforderten 60 Milliarden Steuern auf unser Wirtschaftsleben und auf unsere Zukunft.

Die lebhafte Aussprache nach dem Vortrage zeigte, welchen Anteil doch die Mitglieder an dem Ergehen des Volkes und des Vaterlandes nehmen.

Herr D. Nöh berichtete recht eingehend über die Versammlung in Dortmund, in der Kultusminister Boelitz über die große Koalition im Reiche gesprochen hatte. Insbesondere wies er die Angriffe der Deutschnationalen Volkspartei hiergegen zurück. Weiter stellte er aus dem Vortrag als besonders wichtig heraus: Die große Koalition ist keine Gesinnungsgemeinschaft, sondern eine Arbeitsgemeinschaft zur Überbrückung der Klassengegensätze mit dem Ziele der deutschen Volksgemeinschaft; und aus dem Kulturprogramm des Ministers die Bildungseinheit des deutschen Volkes und die Erziehung zur Staatsgesinnung.

Nachdem Herr Wiederhold über die Sitzung der Beamtenausschüsse der D. V. P. des Wahlkreises Westfalen-Süd in Dortmund berichtet hatte, in der der Reichstagsabgeordnete Mumm die Stellung der Partei zu den letzten Gehaltsregelungen und zum Eisenbahnerstreik klargelegt hatte, setzte eine recht anregende Besprechung der augenblicklichen politischen Lage ein, in der Herr Nitschke auf Fragen der Anwesenden antwortete.

Die politischen Abende sollen in nächster Zeit fortgesetzt werden. Sie erfreuen sich großer Beliebtheit bei den bisherigen Teilnehmern. Es wäre zu wünschen, daß sich noch mehr Mitglieder der Ortsgruppe dort über alle möglichen politischen Fragen Rat und Auskunft holten. Der nächste Abend wird im Beobachter bekannt gegeben und zur Teilnahme eingeladen werden.

E. W.

*

Müsen, 31. März 1922.

Hier fand die Jahreshauptversammlung der Ortsgruppe Müsen der „Deutschen Volkspartei" statt, die von dem Vorsitzenden, Herrn Otto Burk, eröffnet und geleitet wurde. Nach Verlesung der Niederschrift der letzten Versammlung und Vortrag des Jahresberichtes durch den Schriftführer wurde die Vorstandswahl getätigt. Der gesamte Vorstand wurde bis auf den Schriftführer und Kassierer wiedergewählt. An Stelle des weggezogenen Schriftführers Herrn Otto Wurmbach wurde Herr Herm. Freudenberg bestimmt. Zum Kassierer ernannte man an Stelle des Herrn Friedrich Wilh. Schmidt, der auf Wiederwahl Verzicht leistete, Herrn Paul Völkel. Die bisherigen Rechnungsprüfer Herren Robert Rompf und Erich Brombach wurden wiedergewählt. Der Jahresbeitrag wurde auf 8.— *M.* festgesetzt. Nach Ostern soll eine öffentliche Versammlung stattfinden. Ort, Zeit und Thema bleiben dem Vorstande überlassen. Unter „Verschiedenes" wurde noch beschlossen, daß die Zeitschrift „Die Zeit" vorläufig bestellt werden und im Gasthof Nockemann aufliegen soll.

F.

Die Rede des Abgeordneten Stresemann zur Reparationsnote ist als Flugblatt erschienen. 1000 Stück = 80.— *M.* Bestellungen an die Reichsgeschäftsstelle direkt oder an die hiesige Geschäftsstelle.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei Geschäftsstelle Brüderweg 1. (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich P. Nitschke. (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5/7, sämtlich in Siegen.

K. August Falkenhahn, Kreuztal (Kreis Siegen)

Tel. Amt Kreuztal 59 — **Eisenbahn-Baugeschäft** — Tel. Amt Siegen 1235

Ausarbeitung von Entwürfen und Herstellung von Eisenbahn-Anschlüssen.
Übernahme künstl., Hoch- und Tiefbauten, sowie Erd-, Maurer-, Beton- und Wasserarbeiten.

Eisen- u. Metallwerke

G. m. b. H.
Ternorf (Kr. Siegen)

Uebernahme von Dreharbeiten

wie Walzenschrauben, Muttern und sonstigen Werkstücken, auch im Lohn.

Anfertigung u. Bearbeitung von Maschinenteilen jeglicher Art.

Billigste Berechnung. — Anfragen erbeten.

Justus Stahlschmidtsche Werke
G.m.b.H.
Kreuztal, Krs. Siegen.
Lochanstalt,
Kesselschmiede, Apparatebau.
Blechschweisserei.

DEUTSCHE AUSKUNFTEI

(vorm. R. G. Dun & Co.) G.m.b.H.
Geschäftsstelle für Westfalen:
:-: :-: **Dortmund** :-: :-:
Tel. 4795 Nationalbank-Gebäude Tel. 4795

Vertreter für Süd-Westfalen:
F. Holmberger, Hagen i. W., Mittelstr. 17.

Geschäftliche Auskünfte jeglicher Art aus allen Teilen der Erde rasch, modern und zuverlässig. Beschaffung v. Vertreteradressen. Beratung in allen :-: :-: Auskunftangelegenheiten :-: :-:

Feldmann & Münker

G. m. b. H.
Eisengroßhandlung, Krombach, Kr Siegen
Fernruf Amt Kreuztal Nr. 85 u. 115.
Telegramm-Adr.: Feldmann Kreuztal.

Neueisen Alteisen Metalle.

Besonderheit: alle Sorten Bleche.

Sämtl. Pelzwaren eigener Fabrikation
Hüte, Mützen, Schirme.
Ankauf aller Pelzfelle.

Pelzhaus Becker
Siegen
Fernruf 609. — Marburger Str. 10/12.

Gebr. Wolf, Siegen

Sondergeschäft für Bürobedarf.

Schreibmaschinen
Rechenmaschinen
Vervielfältiger
und deren Zubehör.

Ernst Giesler & Co. G.m.b.H.

Kreuztal, Kr. Siegen.

Fernspr. 108. Telegramme: Metallgiesler.

J. H. Kurth,

Kreuztal, Kreis Siegen.
Fernsprecher Nr. 21.

Baumaterialien u. Ia Karbid
in allen Körnungen.

Hotel Patt Weidenau

Haltestelle der Straßenbahn

Erstes u. ältestes Haus am Platze

Gute u. billige Verpflegung.

Theob. Pfeiffer Nachf.

Siegen — Kölner Straße
unterhalten das größte Lager in
Herren- u. Knabenbekleidung
Lieferant feiner Maßbekleidung.

Treibriemen

Record - Rival - Reform

besser und billiger als Lederriemen

Unentbehrlich für sämtliche Betriebe

Ia Referenzen.

Cuno Juschka, Siegen i. W.

Wäschehaus Franz Schartiger
Siegen
bietet an:
Oberhemden, Herren-Unterzeuge,
Kragen, Krawatten.
Eigene Maßabteilung für jede Art Wäsche.

Jacob Sarx Inh.: Karl Sarx

Fernruf 561. Siegen :: Löhrtor ::
Chemische Reinigungsanstalt und Färberei.
Wäscherei „auf Neu"
für Gardinen, Waschkleider und Waschblusen

Fabrikation von Ambossen und Sperrhörnern

Reparaturen aller Ambosse.



Matrizenstahl.



Geschmiedetes Ia. Siemens-Martin-Eisen für Maschinenteile.
Schmiedestücke.

Parteibüro der D. V. P.
Brüderweg 1.

Frau Hermann Siebertz
Ernsdorf - Kreuztal
Bismarckstraße 44.

Zigarren,
Zigaretten, Tabak,
» » Pfeifen. « «

BURBACHBETON

Baugesellschaft mit beschränkter Haftung

KROMBACH, KREIS SIEGEN.

Deutsche Volkspartei

Parteitag

für den Kreis Wittgenstein

in **Erndtebrück** (Hotel Patt), d. **8. April 1922**, abds. 5½ Uhr.

Redner:

Reichstagsabgeordneter und Landwirt **Westermann:**

„Das Hilfswerk der deutschen Landwirtschaft"

Kreistagsabgeordneter und Amtmann **Ebberg**-Kreuztal:

„Die neue Städte- und Gemeindeordnung".

Alle Mitglieder der Partei und Parteifreunde, besonders die Landwirte werden dazu freundlichst eingeladen.

Lohnbeutel

Grösste Leistungs- - - - fähigkeit - - -

Sowie sämtliche von Werken gebrauchte

Papierwaren

apierw.-Fabrik

Wilh. Wiechel, Berleburg.

Ludwig Pfaff

Herren-Maßgeschäft,

Kreuztal,

Kreis Siegen,

Bismarckstraße 42.

Fenster- Roh- Draht- Spiegel- Zierglas, Flachglas jeder Art liefern

Glas

Denzer & Wurm G.m.b.H.

Fernruf Nr. 1433 **Siegen i. W.** Fernruf Nr. 1433.

Aug. Marx,

Wurst- und Fleischwarenfabrik,

Ernsdorf-Kreuztal. Fernspr. Nr. 18.

Maschinelle Kühlanlage im Hause.

C. W. VOGEL

G. M. B. H.

EISEN- U. BLECHWAREN-FABRIK

KESSELSCHMIEDE

SIEGEN I. W.

ROHRLEITUNGEN BEHÄLTER CRACKKESSEL ARMINE :

BLECH ARBEITEN GENIETET GESCHWEISST ROH U. VERZINKT

NÖH & BUCH

NIETEN-FABRIK

WEIDENAU/SIEG

KESSEL-, SCHIFF-, BRÜCKEN- VERSENK-

NIETEN

GITTER-, BLECH- U. FASS-NIETEN

IN ALLEN METALLEN

Frühstücks-Services

Reichste Auswahl für den herrschaftlichen u. bürgerlichen Tisch

J. WELTER

Kornmarkt 12–16.

Krombacher

Pilsener, hell und dunkel



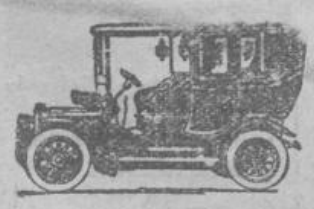
HINDENBURG

hergestellt aus nur Malz u. Hopfen in Friedensstärke.

Arnold Schreiber, Ferndorf, Kreis Siegen.

Generalvertretung

der Firma **Otto E. Meise, Hamburg,** Oele, Fette, Putzwolle und der Firma **J. J. Glorius, Magdeburg,** Farben und Lacke.



Automobile.

Karl Sohler, Kreuztal, Kreis Siegen

Fernruf 128

Neuzeitlich eingerichtete Instandsetzungswerkstätte.

Alleinvertreter für die hiesigen Bezirke der Gemeinschaft Deutscher Automobilfabriken G. m. b. H., Berlin.

(N. A. G., Hansa-Lloyd, Brennabor und Hansa.)

Erstklassige Wagen. Bestgeschulte Packer. Ia Referenzen.



Vertreterbesuch

und feste Transportkosten-Berechnung auf Wunsch.